

## A19 Zeitenwende endlich auch finanzpolitisch umsetzen: Schuldenbremse reformieren, Investitionen vorantreiben

Antragsteller\*in: Bruno Hönel (KV Lübeck)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

#### 1 Teil I

2 Der Landesparteitag stellt fest:

3 Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und die größte  
4 Volkswirtschaft in Europa. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten hat  
5 Deutschland mit aktuell ca. 64% eine niedrige Schuldenquote. Innerhalb der G7-  
6 Staaten gibt es außer Deutschland kein Land mit einer Schuldenquote von unter  
7 100%, Japan liegt gar bei ca. 260%, der europäische Durchschnitt bei der  
8 Schuldenstandsquote liegt bei 83%. Im nationalen historischen Vergleich hatte  
9 Deutschland im Jahr 2010 infolge der Finanzkrise eine Schuldenquote von über 80%  
10 und damit eine deutlich höhere Schuldenquote als heute. Dieser Trend einer seit  
11 2010 sinkenden Schuldenquote setzt sich aktuell fort und wird unter  
12 konservativen Annahmen von 1% realem Wachstum und 2% Inflation pro Jahr  
13 voraussichtlich bis 2040 auf 40% sinken, trotz der kurzen Unterbrechung durch  
14 die fiskalische Expansion im Zuge der Corona Pandemie. Auch die Zinskosten für  
15 10-jährige Bundesanleihen haben sich nach einem Anstieg seit Beginn des Jahres  
16 2022 wieder abgesenkt und liegen aktuell bei knapp über 2%. In den Jahren vor  
17 2022 waren die Zinsen gar negativ, Deutschland hat also Geld dafür bekommen,  
18 sich Geld zu leihen. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten kann Deutschland  
19 sehr günstig Kredite aufnehmen. So liegen beispielsweise die Zinskosten für die  
20 USA aktuell bei ca. 4%.

21 Trotz der vergleichsweise sehr soliden Staatsfinanzen und der nicht in Zweifel  
22 gezogenen Tragfähigkeit deutscher Schulden gibt es massive Investitionsbedarfe  
23 in die Infrastruktur, Digitalisierung und die Transformation der deutschen  
24 Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität. In den 2010er-Jahren wurden die  
25 Investitionen in die deutsche Infrastruktur vernachlässigt. Allein um den  
26 staatlichen Investitionsstau aufzuholen, müssten nach einer Schätzung aus 2019  
27 ca. 460 Mrd. € zusätzlich über einen Zeitraum von 10 Jahren investiert werden.  
28 Die KfW schätzte im Jahr 2022 die Bedarfe an gesamtwirtschaftlichen  
29 Klimaschutzinvestitionen (öffentlicher und privater Sektor) auf eine Höhe von  
30 insgesamt rund 5 Billionen EUR bis Mitte des Jahrhunderts. Dies sind knapp 200  
31 Mrd. EUR jährlich an gesamtwirtschaftlichen Klimaschutzinvestitionen. Da der  
32 Anteil an staatlichen Investitionen ca. 10 Prozent beträgt, werden allein die  
33 öffentlichen Investitionsbedarfe zur Erreichung der Klimaneutralität in  
34 Deutschland bis 2045 auf knapp 500 Mrd. EUR geschätzt. Öffentliche Investitionen  
35 hebeln private Investitionen und geben Planungssicherheit. Durch die  
36 Transformation hin zur Klimaneutralität werden die Investitionsbedarfe -  
37 zusätzlich zu denen, die bereits heute durch fehlende Investitionen in der  
38 Vergangenheit bestehen - also noch einmal deutlich erhöht.

39 Die Folgen von ausbleibenden Investitionen spüren wir bereits heute. Als  
40 Beispiel für eine marode Infrastruktur gelten neben der Deutschen Bahn und ihrem  
41 kaputt gesparten Schienennetz auch die maroden Autobahnbrücken. Auch bei der

42 Digitalisierung hinken wir hinterher. Der Anteil von Glasfaseranschlüssen in  
43 Deutschland liegt bei 10% und damit weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten  
44 von 41%. Außerdem gibt es weiterhin Teile Deutschlands, die über keinen oder nur  
45 unzureichenden Mobilfunkempfang verfügen. Ähnlich verhält es sich bei den Themen  
46 innere und äußere Sicherheit. Die Bundeswehr ist mit ihrer aktuellen Ausstattung  
47 nur eingeschränkt einsatzbereit. Investitionen in Cybersicherheit, Polizei- und  
48 Zollbehörden sowie die Infrastruktur der Zukunft wie Netzausbau und  
49 Wasserstoffwirtschaft wurden systematisch vernachlässigt. Die letzten PISA-  
50 Ergebnisse und weitere Erhebungen zur Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems  
51 haben uns zudem ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und besorgniserregende Trends  
52 offenbart. Diese Liste ließe sich weiter fortführen.

53 Wenn wir wichtige Zukunftsinvestitionen weiterhin hinauszögern, stehen die  
54 Resilienz unserer Gesellschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit  
55 unserer Volkswirtschaft auf dem Spiel. Andere Länder investieren enorm in  
56 Zukunftstechnologien, die den Wohlstand von morgen sichern. Während die  
57 Vereinigten Staaten mit dem Inflation Reduction Act ein 369 Milliarden Dollar  
58 schweres Innovationspaket geschnürt haben, wirkt die deutsche Schuldenbremse als  
59 Wachstums- und Investitionsbremse mit nachhaltig negativen Auswirkungen für  
60 unsere Wettbewerbsfähigkeit. Im internationalen Wettbewerb können wir es uns  
61 nicht leisten, uns in der Krise prozyklisch kaputt zu sparen.

62 Der Staat gibt viel Geld für Subventionen aus, die seinen Zielen entgegenstehen.  
63 Allein die Höhe an klimaschädlichen Subventionen liegt im mittleren bis hohen  
64 zweistelligen Milliardenbereich pro Jahr. Diese Subventionen fördern weiterhin  
65 klimaschädliches Verhalten. Sie bewirken zudem, dass der CO<sub>2</sub>-Preis nicht seine  
66 volle Wirkung entfalten kann. Es gibt aber auch weitere Fehlanreize, die ein  
67 Umsteuern in der Steuerpolitik nötig machen. So werden Löhne und Gehälter mit  
68 Einkommensteuer und Sozialabgaben deutlich stärker belastet als leistungsloses  
69 Einkommen aus Kapitalerträgen, auf das nur 25% Steuer erhoben werden. Auch im  
70 Vergleich mit anderen reichen Ländern ist die Belastung von Arbeit sehr hoch. Um  
71 für Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite Anreize zu setzen, muss dieses  
72 Missverhältnis verringert werden, auch in Hinblick auf den Fachkräftemangel. Da  
73 die Erbschaftsteuer direkt in die Haushalte der Länder fließt, kommt ihr zudem  
74 bei der Finanzierung von Investitionen auf Landesebene eine hohe Bedeutung zu.

75 Länder und Kommunen sehen sich mit den beschriebenen Herausforderungen in  
76 besonderem Maße konfrontiert. Einerseits besteht eine noch größere finanzielle  
77 Einschränkung im Vergleich zum Bund, da praktisch keine Spielräume zur  
78 Verbesserung der Einnahmen bestehen und die Schuldenbremse den Ländern keine  
79 Nettokreditaufnahme über konjunkturellen Schwankungen hinaus ermöglicht.  
80 Andererseits besteht auf der Landesebene (z.B. bei der (frühkindlichen) Bildung,  
81 bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, dem Schienenverkehr,  
82 Investitionen im Gesundheitswesen und der Transformation der Wirtschaft) und der  
83 kommunalen Ebene (z.B. Zuwanderung, Infrastruktur) besonders großer  
84 Finanzierungsbedarf. Es sind auch die Ebenen, auf denen die Menschen die  
85 fehlenden Investitionen der Vergangenheit besonders spüren. Es ist eben  
86 unmittelbar erfahrbar, wenn der ÖPNV nicht fährt oder die Schulklos nicht  
87 funktionieren.

88 Notlagen, die ein Aussetzen der Schuldenbremse ermöglichen, enden leider nie am  
89 31.12. des Jahres, in dem sie begannen. Krisen kennen kein Kalenderjahr. Dies

90 nicht im Regelwerk zu berücksichtigen, kann zu über Nacht wegbrechenden  
91 Unterstützungsmaßnahmen führen.

92 Problematisch ist auch die Konjunkturbereinigung in ihrer aktuellen Form, da  
93 sich die Potenzialschätzung nach der aktuellen Methodik bei großen Schocks an  
94 den tatsächlichen BIP Verlauf anpasst und so die Spielräume für Kreditaufnahme  
95 sinken.

96 Wir haben in Deutschland also nicht nur einen großen Investitionsstau angehäuft,  
97 sondern auch enorme zusätzliche Investitionsbedarfe im Umfang von hohen  
98 zweistelligen Milliardenbeträgen pro Jahr bis zur Mitte des Jahrhunderts.  
99 Gleichzeitig haben wir eine extrem vorteilhafte Position am Kapitalmarkt, um  
100 auch kreditfinanzierte Investitionen zu tätigen, die nicht nur hohe Renditen  
101 erwarten lassen, sondern auch unsere Zukunftsfähigkeit sichern. Unsere aktuellen  
102 Fiskalregeln lassen es nicht zu, sinnvolle Verschuldungsmöglichkeiten besser für  
103 Investitionen zu nutzen. Auch die Länder und Kommunen, denen eine besondere  
104 Rolle zukommt, können nur sehr eingeschränkt handeln. Auf Kosten einer übermäßig  
105 zurückgeführten finanziellen Schuldenquote drohen massive Infrastruktur- und  
106 Klimaschulden für kommende Generationen.

107  
108 Um die Europäische Union bis spätestens 2050 klimaneutral, unsere Wirtschaft  
109 global wettbewerbsfähig und unsere Infrastruktur moderner zu machen, müssen wir  
110 europaweit in den nächsten Jahren mehrere hundert milliarden Euro investieren.  
111 Gute öffentliche Infrastruktur, wie bspw. ins Schienen- oder Stromnetz, ist die  
112 Grundlage für ein klimaneutrales Europa. Ohne verstärkte öffentliche  
113 Investitionen, werden private Investitionen nicht folgen.

114 Daher setzt sich der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein  
115 dafür ein, die notwendige Zeitenwende nun auch finanzpolitisch zu vollziehen.  
116 Hierzu muss die Schuldenbremse zügig reformiert werden, um eine  
117 Investitionsoffensive in die relevanten Zukunftsbereiche ermöglichen zu können.  
118 Darüber hinaus müssen auch steuerliche Fehlanreize beseitigt und für mehr  
119 Steuergerechtigkeit gesorgt werden.

## 120 Teil II

121 Der Landesparteitag beschließt,

122 Kreditfinanzierte Investitionen: Update der Schuldenbremse für eine zukunfts-  
123 und generationengerechte Finanzpolitik

124 Zur Finanzierung der nötigen Zukunftsinvestitionen liegen zahlreiche Vorschläge  
125 für eine Reform der Schuldenbremse aus der Breite der Gesellschaft auf dem  
126 Tisch. Der Sachverständigenrat hat eine einstimmige Empfehlung vorgelegt und  
127 selbst die CDU-Ministerpräsidenten zeigen sich offen für eine Reform der  
128 aktuellen Schuldenregeln. Die Vorschläge reichen dabei von einer goldenen Regel  
129 für Investitionen über eine Reform der Konjunkturkomponente bis zur Einführung  
130 von Übergangsfristen nach Notsituationen.

131 Wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion der Vorschläge, um einerseits  
132 Deutschlands fiskalische Solidität zu gewährleisten und andererseits den Abbau  
133 der Infrastruktur- und Klimaschulden zu ermöglichen. Nur ein Ausbalancieren  
134 dieser Ziele ist auf Dauer generationengerecht. Aktuell liegt die Priorität  
135 einseitig auf der fiskalischen Solidität, was eine unnötig starke und schnelle

136 Rückführung des Schuldenstandes auf Kosten von (Zukunfts-) Investitionen zur  
137 Folge hat.

138 Wir werden uns daher im Bundestag und im Bundesrat dafür einsetzen, die  
139 Schuldenbremse zügig zu reformieren und für die notwendigen  
140 Zukunftsinvestitionen zu öffnen.

141 Für einen Deutschland-Investitionsfonds

142 Wir erneuern auch die Forderung nach einem Deutschland-Investitionsfonds für  
143 Bund, Länder und Kommunen. Wir wollen gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen an  
144 einem Strang ziehen und in Deutschland auch kreditfinanzierte Investitionen  
145 mobilisieren, die langfristig abgesichert werden. Dies schafft  
146 Planungssicherheit für die Transformationsprozesse, die durch den russischen  
147 Angriffskrieg und die Klimakrise nötig sind. Für den Zusammenhalt und die  
148 Akzeptanz in der Gesellschaft ist es wichtig, dass Schulen und Krankenhäuser  
149 modern, Züge pünktlich und Wohnungen erschwinglich sind.

150 Finanzielle Spielräume auf Landesebene erweitern

151 Um Schleswig-Holstein kurzfristig zusätzliche Spielräume für Investitionen zu  
152 ermöglichen, wollen wir den ursprünglich vorgesehenen Spielraum für die  
153 strukturelle Neuverschuldung der Länder in der Schuldenbremse einführen und  
154 Übergangsfristen nach Notsituationen schaffen. Es handelt sich dabei um eine  
155 Anpassung der Schuldenregeln für Bund und Länder, die der politischen Realität  
156 von Krisen Rechnung tragen würde. Außerdem wollen wir die Möglichkeit  
157 zusätzlicher Investitionen durch Gründung landeseigener  
158 Infrastrukturgesellschaften nutzen.

159 Aktuell erlaubt die Schuldenbremse den Ländern keine strukturelle  
160 Neuverschuldung. Wir wollen die eigentlich vorgesehene - aber im Zuge der  
161 Verhandlungen über die Ausgestaltung der Schuldenbremse im Jahr 2009  
162 ausgeschlagene - strukturelle Neuverschuldung von bis zu 0,15% des BIP für die  
163 Länder einführen. Ohne diese Verschuldungsmöglichkeit wird den Ländern die  
164 Möglichkeit genommen, wichtige Investitionen zu tätigen. Zudem wird der  
165 Spielraum für politische Entscheidungen, deren gesellschaftliche Renditen weit  
166 über den zu zahlenden Zinskosten liegen, extrem eingeengt. Die Tragfähigkeit der  
167 Landesfinanzen wird bei einer strukturellen Neuverschuldung dieser Größenordnung  
168 in keiner Weise beeinträchtigt. Die grüne Landtagsfraktion als  
169 regierungstragende Fraktion und die grünen Kabinettsmitglieder werden sich im  
170 Parlament wie in der schleswig-holsteinischen Landesregierung dafür einzusetzen,  
171 dass die schwarz-grüne Koalition eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den  
172 Weg zu bringt.

173 Darüber hinaus wollen wir Übergangsregeln nach krisenbedingten Notsituationen  
174 einführen. Eine Notsituation endet nicht am 31.12. eines Jahres, sondern läuft  
175 mit der Zeit aus und beeinträchtigt auch die Folgejahre. Demzufolge braucht es  
176 die Möglichkeit, im Anschluss an eine krisenbedingte Notlage auch in den  
177 Folgejahren noch Notkredite aufzunehmen, deren Höhe schrittweise reduziert wird.  
178 Damit wäre es möglich, ohne erneut eine Notlage erklären zu müssen Krisenfolgen  
179 effektiv weiter zu bekämpfen und zu einer Rückkehr zur Normalität ohne harte  
180 Landung zu kommen.

181 Solange die Schuldenbremse noch nicht reformiert ist, ist es richtig, die  
182 vorhandenen Verschuldungsmöglichkeiten aktiv zu nutzen. Das Land befindet sich

183 aufgrund der multiplen Krisen und der Maßnahmen zu Bekämpfung nach wie vor in  
184 einer finanziellen Notlage befindet. Daher ist es konsequent, dass der Landtag  
185 beschlossen hat, auch 2024 mit Notkrediten zu arbeiten. Unser Ziel ist es, das  
186 Land weiterhin gut durch die Krisenjahre zu führen und finanzielle Zusagen die –  
187 aus Notkrediten finanziert - an die Kommunen gemacht wurden, einzuhalten. Mit  
188 den Maßnahmen werden u.a. Krankenhäuser gestärkt, der Ausbau der  
189 Schulinfrastruktur und der Ganztagsbetreuung vorangebracht, der ÖPNV unterstützt  
190 und die Wärmewende in den Kommunen vorangetrieben. Dass die SPD diese  
191 ursprünglich gemeinsam beschlossenen. Maßnahmen nicht mehr mitträgt und  
192 gemeinsam mit der FDP eine Klage gegen den Notkredit 2024 prüft, ist ein nicht  
193 nachvollziehbarer Kurswechsel der Sozialdemokraten und wird der derzeitigen  
194 Verantwortung in Zeiten multipler Krisen nicht gerecht.

195 Investitionen ankurbeln - Gründung landeseigener Infrastrukturgesellschaften

196 Ein weiterer Hebel für zusätzliche Investitions- und Verschuldungsspielräume der  
197 Länder sind Infrastrukturgesellschaften im Landesbesitz. Ähnlich wie Defizite  
198 der Sozialversicherungen nicht dem Bund und Defizite der Kommunen nicht den  
199 Ländern zugerechnet werden, werden Defizite selbstständiger (privat- oder  
200 öffentlich-rechtlicher) Einheiten nach Art. 109 Abs. 3 GG nicht der Verschuldung  
201 des Landes (oder des Bundes) zugerechnet, wenn sie über eigene Sachaufgaben  
202 verfügen. Für die tatsächliche Ausgestaltung einer Infrastrukturgesellschaft  
203 sind rechtliche, finanzpolitische und organisatorische Fragen zu klären. Wir  
204 wollen daher, dass die Landesregierung ein Konzept entwickelt für zusätzliche  
205 Finanzspielräume durch die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur und anderer  
206 Investitionen in landeseigenen Infrastrukturgesellschaften.

207 Investitionsspielräume der Kommunen erhöhen

208 Ein großer Teil der Investitionen für Klimaschutz, Verkehr, Bildung und  
209 Kinderbetreuung werden auf kommunaler Ebene entschieden und dort (mit-  
210 )finanziert. Für die Kommunen gibt es bisher keine Schuldenbremse. Allerdings  
211 müssen kommunale Investitionskredite von der Kommunalaufsicht nach  
212 finanzpolitischen Regeln über deren dauerhafte Leistungsfähigkeit genehmigt  
213 werden. Diese Regeln sind in Schleswig-Holstein so gestaltet, dass sie die  
214 finanziellen Spielräume der Kommunen einschränken. Wir wollen daher die  
215 Gemeindehaushaltsverordnung und den erläuternden Erlass überarbeiten mit dem  
216 Ziel einer Anpassung der Genehmigungsfähigkeit von kommunalen  
217 Investitionskrediten an das, was für eine langfristig finanzierbare  
218 Haushaltspolitik auch tatsächlich notwendig ist.

219 Für eine gerechtere Steuerpolitik: Große Vermögen konsequent besteuern,  
220 Einkommen entlasten

221 Die Steuerpolitik ist Fundament staatlicher Investitionen. Um diese zu  
222 ermöglichen, wollen wir große Vermögen besser besteuern, Lücken in der  
223 Besteuerungspraxis schließen und Finanzkriminalität stärker bekämpfen.  
224 Gleichzeitig wollen wir kleine und mittlere Einkommen entlasten.

225 Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland besonders hoch. Während die ärmere  
226 Hälfte der BürgerInnen praktisch kein Vermögen hat, besitzen die reichsten 10%  
227 mehr als doppelt so viel wie die restlichen 90%. Damit liegt Deutschland im  
228 internationalen Vergleich in der Spitzengruppe.

229 Im Steuersystem spielen vermögensbezogene Steuern jedoch kaum eine Rolle: Die  
230 Erbschafts- und Schenkungssteuer macht ca. 1% des Steueraufkommens aus, eine  
231 Vermögenssteuer gibt es nicht. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Arbeit einen  
232 besonders hohen Anteil an der Steuerlast tragen muss. Auch hier ist Deutschland  
233 im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Dabei mindert eine starke  
234 Belastung von Arbeit die Produktivität einer Volkswirtschaft, da viele  
235 ArbeitnehmerInnen weniger arbeiten, als sie eigentlich wollen.

236 Hier wollen wir gegensteuern: Vermögensbezogene Steuern sollen in Zukunft eine  
237 größere Rolle spielen; Arbeit wollen wir entlasten. Hier hat die Vermögens- und  
238 Erbschaftssteuer eine besondere Relevanz. Dieser wird sie in ihrer aktuellen  
239 Form allerdings nicht gerecht, Reformen sind daher dringend notwendig. Da die  
240 Einnahmen aus der Schenkungs- und Erbschaftssteuer den Ländern zukommen, stärkt  
241 eine Reform insbesondere die Spielräume der Länder.

242 Die Erbschaftssteuer fairer gestalten

243 Die Erbschafts- und Schenkungssteuer besteuert die Weitergabe von besonders  
244 großen Vermögen. Mit hohen Freibeträgen wird sichergestellt, dass  
245 durchschnittliche Erbschaften steuerfrei bleiben. Auch selbstgenutztes  
246 Wohneigentum kann weitestgehend steuerfrei verschenkt oder vererbt werden.  
247 Dieses Prinzip wollen wir beibehalten.

248 Die Erbschaftssteuer ist jedoch ein Flickenteppich an Ausnahmen, die ungerecht  
249 sind und zu Mindereinnahmen führen. Ein Beispiel dafür ist die  
250 Verschonungsbedarfsprüfung bei der Vererbung von Unternehmensanteilen, die es  
251 den Empfängern ermöglicht, ihre Steuerlast zu reduzieren. Dies führt zu dem  
252 widersinnigen Effekt, dass der Steuersatz auf die größten Erbschaften niedriger  
253 ist als auf durchschnittliche Erbschaften.

254 Wir setzen uns für eine konsequente Vereinfachung der Schenkungs- und  
255 Erbschaftssteuer ein. Ausnahmen und Steuerprivilegien für Multimillionenerben  
256 gehören abgeschafft. Um die Weitergabe von Unternehmen nicht zu behindern,  
257 sollen weitreichende Stundungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die  
258 steuerliche Belastung über viele Jahre verteilen können.

259 Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, Spitzensteuersatz erhöhen

260 Wir wollen die große Mehrheit der Erwerbstätigen bei der Einkommensteuer  
261 entlasten. Dazu wollen wir den Tarifverlauf so anpassen, dass den Verdienenden  
262 kleiner und mittlerer Einkommen mehr Netto vom Brutto bleibt. Diese Entlastung  
263 finanzieren wir durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die höchsten  
264 Einkommen, so wie es auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten  
265 2022/23 empfohlen hat. Dadurch stärken wir die meisten Haushalte angesichts nach  
266 wie vor hoher Preise; gleichzeitig stellen wir sicher, dass Gutverdienende einen  
267 angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

268

269

270 Die EU finanziell handlungsfähig machen.

271 Auf europäischer Ebene fordern wir eine investitionsfreundliche Reform des  
272 Stabilitäts- und Wachstumspakts (EU Schuldenregeln) um allen EU Mitgliedsstaaten  
273 die Möglichkeit zu geben stärker in klimagerechte Infrastruktur zu investieren.

274 Mit einem europäischen Investitionsfonds wollen wir über den EU Haushalt  
275 Investitionen anschieben. Wir setzen uns für die Besteuerung von exzessiven

276 Übergewinnen von multinationalen Konzernen und von Finanzspekulation ein. Sie  
277 sollen als Eigenmittel dem EU Budget zugeführt werden. Die Initiative von den  
278 G20 Staaten Brasilien und Frankreich zur einer globalen Mindeststeuer auf extrem  
279 hohe Vermögen wird von uns unterstützt.

## Begründung

siehe Teil I

## Unterstützer\*innen

Tim Alexander Reclam (KV Lübeck); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Stefan Bärenz (KV Herzogtum Lauenburg); Axel Flasbarth (KV Lübeck); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Marcus Jurkat (KV Lübeck); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Lukas Unger (KV Pinneberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Ruth Kastner (KV Stormarn); Monika Heinold (KV Kiel); Jasper Balke (KV Lübeck); Sascha Peukert (KV Lübeck); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck); Hansjörg Diers (KV Lübeck); Tobias Preß (KV Lübeck); Marilla Meier (KV Lübeck); Birte Duggen (KV Lübeck); Anke Erdmann (KV Kiel); Patrick Pacula-Glöer (KV Lübeck); Judith Bach (KV Lübeck); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Steffen Regis (KV Kiel); Karl-Martin Hentschel (KV Plön); Conny Clausen (KV Flensburg); Johannes Albig (KV Kiel); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg)